



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/01/2007
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Montag, 12.02.2007
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Beratung von Opfern des Menschenhandels
Mündlicher Bericht der Beratungsstelle des Diakonischen Werkes
4. Palliativpflege und Sterbebegleitung in Hagen
Vorlage: 0052/2007
5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 6 (3) GeschO des Rates
Fortführung der Reintegration von Obdachlosen durch die AWO Hagen/Märkischer Kreis im Rahmen der Konzeption und Auftrags Erfüllung der Zentralen Fachstelle für Wohnraumsicherung und Wohnungsnotfälle
6. Reintegration von Obdachlosen durch die Arbeiterwohlfahrt Hagen/Märkischer Kreis
Vorlage: 1025/2006
7. Förderung einer Stelle im Bereich Insolvenzberatung - Qualitätskriterien für eine öffentliche Ausschreibung
Vorlage: 0007/2007
8. Erhebung von Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung in Hagen
Vorlage: 0868/2006
9. Integrationskonzept für die Stadt Hagen
Vorlage: 1041/2006



10. Programm zur Sanierung der städtischen Gebäude
hier: Maßnahmen im Jahr 2007
Vorlage: 1078/2006
11. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 10 (1) GeschO des Rates
Kosten der Unterkunft von ALG II-Berechtigten im Jahr 2007
12. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 10 (1) GeschO des Rates
Qualifizierung von ARGE-Beschäftigten
13. Anfrage der SPD-Fraktion vom 30.01.2007: Auswirkung des Bleiberechtes für Hagen
Vorlage: 0091/2007
14. Vorschlag der SPD-Fraktion
Unterstützungsangebote für Ausländerinnen und Ausländer, die unter die neue Bleiberechtsregelung fallen
15. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Machatschek teilt mit, dass Herr Frank vom Diakonischen Werk erkrankt sei und der Tagesordnungspunkt 3 daher heute nicht behandelt und auf eine spätere Sitzung verlegt werden müsse.

2. Mitteilungen

Frau Dr. Sommer informiert darüber, dass das St. Johannes-Hospital seit dem 01.01.2007 die stationäre Vollversorgung für die psychisch Kranken in der Stadt Hagen übernommen hat.

Herr Steuber freut sich, dem Ausschuss mitteilen zu können, dass der Kinderschutzbund mit seinem Konzept „Mehrgenerationenhaus“ vom Ministerium unter vier Bewerbern ausgesucht worden sei.

3. Beratung von Opfern des Menschenhandels Mündlicher Bericht der Beratungsstelle des Diakonischen Werkes

entfällt

4. Palliativpflege und Sterbebegleitung in Hagen Vorlage: 0052/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek bedankt sich für die umfangreiche Vorlage.



Frau Kurte lobt die Vorlage.

Frau Machatschek nimmt Bezug auf die Aussage in der Vorlage, dass 29 Personen aus Hagen in auswärtigen Hospizen untergebracht seien. Man müsse davon ausgehen, dass der Personenkreis noch höher sei als hier beschrieben. Es sei notwendig, hier Angebote zur Verfügung zu stellen. Ein Träger, der sich bereit erkläre, die Aufgabe zu übernehmen, müsse 10 % der Kosten selber tragen. Da sei nicht unerheblich. Sie habe darüber nachgedacht, ob es nicht möglich sei, Mittel aus der Sparkassenspende zur Verfügung zu stellen. Weiterhin möchte sie wissen, wie es mit der Vernetzung der Anbieter untereinander aussehe.

Herr Matzke weist in diesem Zusammenhang auf einen Verein „Palliativmedizin Hagen e.V. hin, der vor ca. 2 bis 3 Jahren gegründet wurde. Dieser Verein habe das Interesse, in Fragen der Palliativmedizin und Hospizarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden zu kooperieren. Man versuche, ein abgestimmtes Vorgehen sicherzustellen.

Herr Haensele erinnert daran, dass insbesondere der Caritasverband eine Grundstruktur für diese Stadt erarbeitet habe. Er bittet, den Hintergrund der Situation der 29 untergebrachten Personen zu überprüfen. Er schlägt vor, Leute aus dem Hospizverein einzuladen, damit diese von ihrer Arbeit berichten können.

Frau Machatschek bedankt sich für die Anregung.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- 5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 6 (3) GeschO des Rates Fortführung der Reintegration von Obdachlosen durch die AWO Hagen/Märkischer Kreis im Rahmen der Konzeption und Auftragserfüllung der Zentralen Fachstelle für Wohnraumsicherung und Wohnungsnotfälle**

siehe Tagesordnungspunkt 6



**6. Reintegration von Obdachlosen durch die Arbeiterwohlfahrt Hagen/Märkischer Kreis
Vorlage: 1025/2006**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zusammen zu behandeln.

Herr Dr. Schmidt erläutert zunächst den Hintergrund der Vorlage.

Herr Röspel macht im Namen seiner Fraktion deutlich, dass er dem Punkt 1 so zustimmen könne, die Punkte 2 und 3 aber nicht ohne weitere Erörterung zustimmungsfähig seien. Ihm stelle sich die Frage, ob diese Aufgabe für die AWO geschaffen worden sei. Spare man in der städtischen Fachstelle Personal ein? Er wüßte gern, wie der derzeitige Personalbestand der Fachstelle sei und wie die Aufgabenbeschreibung aussehe. Wo setze die ergänzende Funktion der AWO ein? Er könne sich sehr gut mit der Idee anfreunden, weitere Reintegrationshilfe durch einen Verband anzubieten, würde aber vorgeschlagen, dies über Fachleistungsstunden abzurechnen. Die Abmietung von städtischen Gebäuden könne nicht so ohne weiteres damit verknüpft werden, sondern müsse gesondert betrachtet werden.

Herr Halbeisen erklärt, dass nach Auflösung der Einrichtung „Am Wiembusch“ schnell klar gewesen sei, dass die zentrale Fachstelle für die Erledigung ihrer Aufgaben diesen AWO-Dienst gebraucht habe. Menschen, die neu in anderen Unterkünfte untergebracht würden, bräuchten für eine erfolgreiche Unterbringung intensive Begleitung. Auch bei Übernahme von Mietschulden durch ein Darlehen der Fachstelle sei die Arbeit der AWO bei einem Verbleiben in der alten Wohnung notwendig gewesen. Die Kooperation mit der AWO sei seit einigen Jahren fester Bestandteil der Arbeit der Fachstelle.

Weiterhin bittet er Herrn Röspel, seine Fragen direkt hier an Herrn Stüwe zu stellen, damit diese vor Ort noch beantwortet werden könnten.

Herr Mervelskemper erinnert daran, dass man lange über diese Thematik diskutiert habe. Es sei ein Kompromiss gefunden worden und sei sich einig darüber gewesen, dass diese Stelle benötigt würde. Er ist der Meinung, dass man dem weiterführenden Antrag der Grünen folgen solle. Durch eine jährliche Berichterstattung über die Entwicklung in diesem Bereich sei eine Kontrolle gewährleistet. Im ersten Hagener Nachhaltigkeitsbericht werde deutlich, dass sich die soziale Situation in Hagen positiv entwickelt habe. Das habe sicher auch ursächlich mit dieser Stelle zu tun.

Herr Stüwe beantwortet die aufgeworfenen Fragen.

Herr Steuber macht deutlich, dass man immer mehr weg wolle von dem institutionellen Zuschuss hin zu der direkt bestellten und abgenommenen Leistung.



Herr Brüggemann erklärt, dass in der Vergangenheit immer der betroffene Wohlfahrtsverband seinen Antrag gestellt und kommentiert habe. Er sei verwirrt, dass Bündnis 90 den Antrag für die Arbeiterwohlfahrt gestellt habe. Im Übrigen schließt er sich den Ausführungen von Herrn Mervelskemper an und bittet, heute über den Beschluss abzustimmen.

Herr Röspel ist der Meinung, dass kein zeitlicher Druck vorhanden sei, da die Bezuschussung bis zum 30.06.07 gesichert sei. In dieser Diskussion gehe es ja um den Zeitraum ab 01.07.07.

Dem widerspricht Herr Halbeisen. Es müsse Klarheit darüber geschaffen werden, ob Drittmittel ab 01.07.07 zu erwarten seien. Darüberhinaus gehe er davon aus, dass die Wohnungsunternehmen nicht bereit seien, für dieses Klientel Gelder bereitzustellen.

Herr Stüwe liefert noch ein paar ergänzende Informationen zu der Vorlage. Außerdem beschreibt er die personelle Ausstattung der zentralen Fachstelle.

Dr. Schmidt ist der Meinung, dass man sich darüber einig werden müsse, ob die Idee der Finanzierung durch die Wohnungsbaugesellschaften realistisch sei. Andernfalls bäte er um einen anderen Vorschlag zur Gegenfinanzierung.

Herr Puder bittet, die Angelegenheit in der heutigen Sitzung zu beschließen, damit die AWO sich auf die Sachlage einstellen könne. Auf die Frage von Herrn Mervelskemper antwortet er, dass es Gespräche mit den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften gegeben habe, dort aber bisher kein Interesse vorhanden sei.

Frau Machatschek bittet Herrn Puder, die Gespräche zu intensivieren. Im Zuge der Berichterstattung müsste diese Entwicklung dokumentiert werden.

Frau Kuschel-Eisermann möchte wissen, was denn wäre, wenn sich die Wohnungsgesellschaften nicht, wie im Beschlussvorschlag vorausgesetzt, an der Finanzierung beteiligten.

Dr. Schmidt erwidert, dass in dem Fall der Zuschuss nach der bisherigen Vorlage dann auslaufe. Der Ausschuss könne beschließen, dass die Stadt dann einspringe und nach einer Kompensation suchen müsse. Eine Möglichkeit sei auch, anzuerkennen, dass durch Abmietung von Gebäuden eine gewisse Gegenfinanzierung vorhanden sei.

Herr Mervelskemper plädiert dafür, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 zu folgen. Es sei unmöglich, sich in eine solche Abhängigkeit zu begeben. Man sei sich doch über die Bedeutung der Arbeit einig.

Nach einer weiteren kurzen Diskussion, an der sich Herr Röspel, Herr Haensel, Herr Puder, Herr Dr. Schmidt, Herr Steuber, Herr Halbeisen und Frau Machatschek beteiligen, zieht Herr Halbeisen seinen Antrag zurück und man einigt sich auf folgenden Beschlussvorschlag, den Frau Machatschek zur Abstimmung



stellt:

Beschluss:

1. Übergangsweise wird der städtische Zuschuss an die Arbeiterwohlfahrt Hagen/Märkischer Kreis in Höhe von 31.500 € weitergezahlt. AWO und Stadt bemühen sich in Gesprächen mit der Wohnungswirtschaft um eine Co-Finanzierung.
2. Bei der Zentralen Beratungsstelle für Wohnraumsicherung und Wohnungsnotfälle wird ab 01.07.2007 jährlich ein Betrag von 50.000 € (2007: 25.000 €) bereitgestellt, um weiter Reintegrationshilfen bei der AWO im Einzelfall im Rahmen von Fachleistungsstunden in Auftrag geben zu können. Der Beitrag der Wohnungswirtschaft wird auf diesen Ansatz angerechnet.
3. Sofern das Angebot der Reintegrationshilfen durch die Zentrale Fachstelle weiter in Anspruch genommen werden kann, werden zum Jahresende 2007 zur Kompensation des städtischen Anteils drei weitere als Notunterkünfte genutzte Häuser abgemietet. Die jährliche Kostenersparnis beträgt ca. 55.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7. **Förderung einer Stelle im Bereich Insolvenzberatung - Qualitätskriterien für eine öffentliche Ausschreibung**
Vorlage: 0007/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek äußert ihr Erstaunen darüber, dass sie im Nachhinein erfahren habe, dass sich die Stadt nicht an der Ausschreibung habe beteiligen können. Sie hoffe, dass man nun schnell zu einer Lösung komme. Wichtig sei ihr in dem Zusammenhang, dass auf Qualifikation geachtet und die Kriterien, die in der Vorlage beschrieben seien, durchgehalten würden.

Auf die Frage von Herr Brüggemann, ob sich der Caritasverband oder eine ihm angeschlossene Organisation an diesem Vergabeverfahren beteiligen werde, antwortet Herr Röspel, dass dies nicht der Fall sein werde.



Frau Buchholz bittet darum, die Kriterien klarer zu formulieren.

Dr. Schmidt möchte wissen, ob er in der Annahme richtig liege, dass die Verwaltung den Ausschuss über das Ausschreibungsergebnis vor der Vergabe informiere.

Diese Annahme wird von Herrn Stüwe bestätigt. Das sei in dem Ratsbeschluss geregelt.

Frau Buchholz weist darauf hin, dass der ursprüngliche Antrag von Schuldnerberatung für SGB II – Empfänger ausgegangen sei. Jetzt mache man eine Leistung in Form von Insolvenzberatung, die sonst vom Land finanziert würde, freiwillig als Stadt. Sie möchte wissen, ob das so gewünscht sei.

Herr Steuber erwidert, dass die Verwaltung den Ratsbeschluss vom 14.12.06 und die vorausgegangene Diskussion ausfülle. Dort sei ausschließlich von Insolvenzberatung die Rede. Das sei der Auftrag gewesen. Bezüglich der Soll- und Istvorschriften weist er darauf hin, dass man sich an die geltende Rechtslage aus den ergänzenden Richtlinien angepasst habe.

Abschließend stellt Frau Machatschek den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, eine öffentliche Ausschreibung für eine Stelle im Bereich Insolvenzberatung entsprechend dem Ratsbeschluss vom 14.12.2006 auf der Grundlage der in dieser Vorlage dargestellten Qualitätskriterien vorzunehmen. Dabei sind besonders die Voraussetzungen des Ausführungsgesetzes zur Insolvenzordnung (AGInsO) sowie die Richtlinien für die Anerkennung von geeigneten Stellen (RdErl. v. 03.07.1998, IV A 4 – 6709.3) nach § 305 Insolvenzordnung zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-



Dafür: 11
Dagegen: 1
Enthaltungen: 4

8. Erhebung von Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung in Hagen Vorlage: 0868/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kleinert erläutert die Vorlage.

Frau Machatschek äußert ihr Erschrecken über die im Bericht angeführte Armut von Kindern. Es sei notwendig, diese Entwicklung näher zu untersuchen. Sie fragt sich, ob man diesen Bericht nur zur Kenntnis nehmen solle oder wie der Ausschuss weiter vorgehen könne.

Auch Frau Kuschel-Eisermann fragt sich, welche Schlussfolgerungen der Ausschuss aus den Ergebnissen des Berichtes ziehen kann. Wo könne die Hilfe ansetzen?

Herr Mervelskemper möchte wissen, ob eine Möglichkeit bestehe, dass der Armutsbericht des DGB, der eng mit dieser Thematik zusammenhänge, weitergeführt werde.

Herr Steuber teilt mit, dass aus der Analyse verschiedener Projekte erste Vorschläge vorlägen, wie man die Armut von Kindern verhindern könne. Der DGB plane keine weitere Berichterstattung zu dieser Thematik. Er halte die Fortschreibung des Berichts für wichtig.

Frau Kleinert ist der Meinung, dass es in der Natur der Sache liege, dass die Politik Anregungen aus den vorliegenden Daten ziehe und Maßnahmenvorschläge von der Verwaltung einfordere. Die Vorlage durchlaufe neben den aufgeführten Gremien auch noch alle Bezirksvertretungen.

Dr. Schmidt greift die Anregung von Herrn Mervelskemper auf, den Bericht weiterzuführen.

Frau Machatschek fordert die Fraktionen auf, sich mit dieser Thematik zu beschäftigen.

Frau Kuschel-Eisermann schlägt vor, diesen Bericht an das Bündnis für Familien weiterzuleiten.

Herr Link lobt den Bericht und wünscht sich eine jährliche Fortschreibung und bittet, Änderungen kenntlich zu machen. Es sei sinnvoll, diesen Bericht breit zu streuen.



Herr Halbeisen erinnert an einen Workshop vor einigen Wochen zum Thema „Demographiewandel“. Dort habe man sich unter anderem zum Thema Jugendarbeitslosigkeit und möglichen Maßnahmen Gedanken gemacht. Der vorliegende Bericht könne als weitere Grundlage in diesem Zusammenhang dienen. In kleinen Schritten müsse versucht werden, Erfolge zu erzielen.

Frau Machatschek weist auf die erfreuliche Tatsache hin, dass das Vorhandensein von Obdachlosen in Hagen mit einem grünen Pfeil versehen sei und dies als positives Signal für die hiesige Politik verstanden werden könne.

Frau Kleinert spricht sich dafür aus, den Bericht im Zweijahresrhythmus beizubehalten.

Beschluss:

1. Der erste Hagener Nachhaltigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die Indikatoren fortzuschreiben und der Politik alle zwei Jahre einen Bericht vorzulegen.
3. Für den Bereich Lärm werden im Rahmen der Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie Daten erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. Integrationskonzept für die Stadt Hagen Vorlage: 1041/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek liest vorab den Empfehlungsbeschluss des Seniorenbeirates vor.

Sie weist darauf hin, dass die aufgeführten Maßnahmen lediglich beispielhaft seien und die Liste offen für weitere Vorschläge sei.

Herr Kilic lobt die Vorlage. Diese sei auch im Integrationsrat vorgestellt worden. Er äußert den Wunsch, noch Veränderungen und Anregungen in die Vorlage einzuarbeiten, bevor diese vom Rat beschlossen wird. Er fragt, wie mit den Maßnahmen weiterverfahren werde, wenn die Sparkassenspende nicht dafür zur Verfügung gestellt werde.



Herr Steuber ist der Meinung, dass die inhaltliche Diskussion noch nicht stattfinden müsse. Die Verwaltung habe eine Vorlage mit mehreren Beteiligten konzipiert, die einen methodischen Vorschlag beinhalte. In dem Prozess, der mit der Integrationskonferenz beginne, sollten Vorschläge erarbeitet werden. Er habe Zweifel, ob dies bis zum Ende des Jahres gelingen könne. Dies sei sehr kurzfristig. Auf der Basis vorhandener Strukturen müssten neue Wege beschritten werden. In diesem Zusammenhang müsse dann auch geklärt werden, in welcher Form die Maßnahmen finanziert werden sollten.

Frau Machatschek sagt Herrn Kilic zu, dass alle Anregungen aus der Integrationskonferenz mitberücksichtigt würden.

Dr. Schmidt erklärt, dass die Mittel aus der Sparkassenspende für 2007 zur Verfügung stünden.

Frau Buchholz greift die Schulungen der VHS zur interkulturellen Kompetenz städtischer Mitarbeiter auf und regt in diesem Zusammenhang an, diese in Kooperation mit den Integrationsdiensten durchzuführen.

Herr Steuber greift die Anregung auf.

Herr Kilic weist auf die Problematik hin, dass viel zu wenig Lehrer für den muttersprachlichen Unterricht eingesetzt würden.

Frau Machatschek weist auf die Zuständigkeit des Schulausschusses und Jugendhilfeausschusses hin. Sie sei dankbar, dass diese Information vom Integrationsrat in den Sozialausschuss transportiert worden sei.

Abschließend stellt sie den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das Integrationskonzept so wie in der Vorlage beschrieben unter Beteiligung der Migranten und gesellschaftlicher Gruppen zu entwickeln. Hierzu wird im Frühjahr 2007 eine Integrationskonferenz durchgeführt.
2. Die folgenden bereits laufenden bzw. kurzfristigen Maßnahmen werden im Jahre 2007 fortgeführt:
 - Fortführung der „Rucksack“ Sprachförderprogramme mit einem Zuschussbedarf von 25.000 €.
 - Fortführung der Komm-In Maßnahme durch Aufstockung des VHS-Budgets um 15.000 € (Teilfinanzierung).
 - Durchführung von zusätzlichen 630 Stunden Sprachförderkursen für Zielgruppen, die nicht durch die Integrationskurse erreicht werden (Kosten: 15.000 €).



- Die VHS wird beauftragt, im Rahmen der vorhandenen Mittel Fortbildungen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz für städtische Mitarbeiter / -innen anzubieten.

Zur Finanzierung der o.g. Maßnahmen werden vorhandene Mittel der Sparkassenspende eingesetzt.

3. Das Integrationskonzept wird dem Rat bis Ende 2007 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10. **Programm zur Sanierung der städtischen Gebäude**
hier: Maßnahmen im Jahr 2007
Vorlage: 1078/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek weist auf die in der Vorlage aufgeführte Maßnahme Übergangsheim Tuchmacherstraße 2007/2008 hin.

Dr. Schmidt informiert den Ausschuss darüber, dass von Seiten der Betreiber des Funparks das Anliegen an ihn herangetragen worden sei, den Standort Tuchmacherstraße zu verlagern. Die Verwaltung sei sich darüber einig, dass dies außerordentlich schwierig umzusetzen sei. Die Einrichtung habe sich an dieser Stelle bewährt. Die Investoren hätten ein Interesse daran, Wohnungen und Büros auszubauen.

Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die für das Jahr 2007 vorgesehenen und in der Anlage zur Begründung aufgeführten Maßnahmen im Volumen von 5.783.000 Euro und 8.949.000 Euro, insgesamt also 14.732.000 Euro, sind unverzüglich umzusetzen und spätestens bis zum 31.03.2008 abzuwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



11. **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 10 (1) GeschO des Rates**
Kosten der Unterkunft von ALG II-Berechtigten im Jahr 2007

Frau Machatschek verweist auf die übersandte schriftliche Stellungnahme der Verwaltung zu dieser Anfrage. Sie richtet ihren Dank an Herrn Fiedler.

12. **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 10 (1) GeschO des Rates**
Qualifizierung von ARGE-Beschäftigten

Frau Machatschek weist auf die ausgelegte Stellungnahme der ARGE hin.

Da die ARGE in der nächsten Sitzung wieder anwesend sei, könnten dann etwaige Fragen in diesem Zusammenhang gestellt werden.

13. **Anfrage der SPD-Fraktion vom 30.01.2007: Auswirkung des Bleiberechtes für Hagen**
Vorlage: 0091/2007

Frau Thomzig führt den Ausschuss näher an die Thematik der Auswirkungen des Bleiberechtes heran und beschreibt die praktischen Konsequenzen daraus.

Frau Buchholz bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung der Anfrage. Sie spricht sich bezugnehmend auf den Antrag des Integrationsrates auch dafür aus, den Freibetrag zu mindern, um die Hürden für die Erfüllung der Einkommensvoraussetzungen nicht zu hoch anzusetzen.

Die Sprachförderkurse innerhalb des Integrationskonzeptes müssten ihres Erachtens vorgezogen werden.

Dazu teilt Frau Thomzig mit, dass vorausgesetzt, dass der Rat die Fördergelder in seiner Sitzung im Februar zur Verfügung stelle, die VHS direkt in der Lage sei, den Förderkurs anzubieten. Es sei jedoch festgestellt worden, dass die Leute zum größten Teil die geforderten Kenntnisse hätten. Bisher habe man lediglich vier Frauen ermitteln können, die diesen Kurs besuchen müssten.

Frau Machatschek drückt ihre Hoffnung aus, dass der Antrag des Integrationsrates beim Innenministerium Wirkung zeige.



**14. Vorschlag der SPD-Fraktion
Unterstützungsangebote für Ausländerinnen und Ausländer, die unter die neue Bleiberechtsregelung fallen**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Buchholz begründet den Antrag.

Herr Stüwe gibt zu bedenken, dass für die Umsetzung des geforderten Konzeptes ein Zeitfenster von sieben Monaten zur Verfügung stünde. Er verstehe den Antrag mehr als Appell an alle Zuwanderungsstellen und die Stadt, mit sämtlichen Kräften aktiv auf die Leute zuzugehen, um ihnen dabei zu helfen, die Hürde im Bereich der einkommensmäßigen Voraussetzungen zu überspringen.

Frau Buchholz bestätigt, dass das Anliegen des Antrages eine schnelle Umsetzung sei. Ein Appell an alle Beteiligten sei ihr zu wenig. Sie wünsche sich eine gezielte Maßnahme für die Betroffenen.

Herr Brüggemann ist der Meinung, dass das aufgeführte Rückführungsmanagement andere Aufgaben habe als die Zuwanderungsberatung. Er schlägt daher vor, den letzten Absatz des Antrages zu streichen.

Frau Machatschek widerspricht dieser These und ist der Meinung, dass der Ausschuss dies bisher in seinen Beratungen immer anders gesehen habe.

Frau Buchholz führt aus, dass es um das Fallmanagement gehe. Nur die Zuwanderungsberatung habe ihren Schwerpunkt in bezug auf Flüchtlinge gesetzt.

Herr Kilic verweist auf die Sachkompetenz von Frau Thomzig und Herrn Stüwe und schlägt außerdem vor, den Jugendhilfeausschuss zu beteiligen.

Frau Thomzig beschreibt die Aufgaben des Rückführungsmanagements, für das eine Stelle bewilligt wurde. Dieser Sachbearbeiter sei auch dafür zuständig, sich darum zu kümmern, dass Flüchtlinge ein Bleiberecht erhielten. Diese Aufgabe nehme er neben seiner normalen Rate zu 50 % wahr. Daneben wendeten die anderen 18 Mitarbeiter auch gewisse Zeitanteile auf, um sich um das Rückführungsmanagement zu kümmern.

Das eingeforderte Konzept werde nicht weiterhelfen. Der Personenkreis sei so klein und die vorhandenen Probleme seien so unterschiedlich, dass man von Fall zu Fall entscheiden müsse.

Aufgrund dieser Aussage zieht Frau Buchholz den Antrag zurück.



15. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18.10 Uhr

Gez. Machatschek
Vorsitzende

Gez. Krause
Schriftführerin